

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 14. Dezember 1972

Blatt 3099

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

K o m m u n a l : Rathaus-Budgetdebatte:

Hofmann kündigt Umweltbericht für Wien an  
Pfoch: Bäderkonzept bereits zur Hälfte  
realisiert

L o k a l : Neue Brücke über Donaukanal

Landstraße: Apostelgasse mit umgedrehter  
Einbahn

Kulturdienst: Dr. Albert Drach - 70. Geburtstag

Während der Budgetdebatte: Chef vom Dienst: 42 800/2068 (Durchw.)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

K o m m u n a l :  
=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Hofmann kündigt Umweltbericht für Wien an  
=====

Wien, 14.12. (PK) In seiner Budgetrede kündigte Donnerstag Planungsstadtrat Ing. Fritz Hofmann für das kommende Jahr die Vorlage eines "Umweltberichtes für Wien" und von "Leitlinien für den Umweltschutz" an. Bei diesem Umweltbericht werde es sich um eine Art Bestandsaufnahme handeln, welche Probleme es in Wien gebe und was bisher geschehen sei. Die Leitlinien wiederum würden darüber hinaus Problemanalysen sowie kurzfristige und langfristige Massnahmenvorschläge enthalten.

Da mit dem bisherigen Instrumentarium der Umweltordnung nicht entsprochen werden könne, müßten die gesetzlichen Grundlagen zur Steuerung der Stadtentwicklung ausgebaut werden, wofür einige Schritte bereits getan seien: die Vorbereitung zur Novellierung der Bauordnung und des Wiener Garagengesetzes. Weiters sollten die gewerberechtlichen Einflüsse auf die städtische Umwelt überprüft und neu formuliert werden. Besonderes Gewicht müsse zudem auf die Sozialbindung des Eigentums an Grund und Boden aber auch an Gebäuden gelegt werden.

Breiten Raum widmete der Planungsstadtrat der Diskussion über die Leitlinien zur Wiener Stadtentwicklung. Die Ergebnisse und Probleme der Stadtplanung, betonte Hofmann, müßten nicht nur der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, sondern auch die aktive Beteiligung der Bevölkerung - die "Partizipation" - durch eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit der Planungsdienststellen ermöglicht werden.

Die Wiener Bevölkerung habe erfaßt, daß das wirtschaftliche System der Gewinnmaximierung unter Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, das den Industrieländern einen hohen Wohlstand beschert habe, sich bereits gegen die Gesellschaft wende: Bei einer Umfrage

habe sich gezeigt, daß sich bereits 86 Prozent der Wiener der Umweltproblematik bewußt seien. 79 Prozent möchten, daß auf diesem Gebiet mehr geschehe. Die Antwort auf die Frage, wer dies zahlen sollte, lautete: Der Staat - 30 Prozent -, die Gemeinden - 24 Prozent -, die gesamte Bevölkerung - 20 Prozent - und die Verursacher - 16 Prozent. Ein Drittel der Wiener erklärte zudem, daß die Luft in ihrer Wohnumgebung ungesund sei. In den Bezirken innerhalb des Gürtels sowie im 2. und 20. Bezirk seien sogar 47 Prozent der Befragten dieser Meinung gewesen. Von diesen wiederum gaben 72 Prozent dem Auto die Schuld an der Luftverschmutzung. Von jenen Wienern, die den Lärm als störend empfinden, hätten 71 Prozent den Straßenlärm als Verursacher angegeben.

Bei der Lösung der Verkehrsprobleme müsse daher überaus sorgsam vorgegangen werden. Wien werde jedenfalls mit der Festlegung von Fußgängerzonen und verkehrssamen Zonen nicht nur in der Innenstadt fortfahren.

Die immer stärker bewußt werdenden Umweltgefahren machten es notwendig, fuhr Hofmann fort, das Problem der Autobahnen neu zu überdenken. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß frühestens in einem Jahrzehnt mit Großserien umweltfreundlicher Autos gerechnet werden könne und daß man nicht annehmen könne, die Großstadtbevölkerung werde auf den ihr lieb gewordenen fahrbaren Untersatz verzichten. Gestoppt werde der Autobahnbau sicher nicht, doch könne man aus der Dringlichkeitsreihung der nächsten Maßnahmen ableiten: Die Schließung der Südosttangente zwischen Donaukanal und dem Autobahnast Favoriten, die Ostautobahn zum Flughafen, die Hubertusdammbahn und die fünfte Donaubrücke hätten höchste Priorität. Die Anlageverhältnisse für Hochleistungsstraßen im dichtverbauten Gebiet - Gürtel, Wiental, und Donaukanal - müßten jedenfalls neu überdacht werden.

Die Bearbeitungen zur Stadterneuerung würden 1973 ein erstes abgerundetes Stadium erreichen. Dabei würden die Bebauungspläne für die Schutzzonen der Altstadterhaltung forciert. Weitere städtebauliche Studien beträfen die Bereiche Donaukanal, Unteres Wiental und Gürtel sowie Inzersdorf, Meidling, Siebenhirten und Großjedlersdorf.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

K o m m u n a l :

=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Pfoch: Bäderkonzept bereits zur Hälfte realisiert

=====

Wien, 14.12.(RK) In seinem umfassenden Überblick über das kommunale Hochbaugeschehen stellte Stadtrat Hubert Pfoch Donnerstag im Gemeinderat fest, daß das Bäderkonzept der Stadt Wien bereits zur Hälfte realisiert worden ist. Mit diesem Konzept sei man überhaupt der Zeit sehr voraus, wenn man bedenke, daß erst auf dem Kongreß der deutschen Gesellschaft für das Badewesen im Vorjahr die Erstellung von Bäderplänen als dringlich notwendig bezeichnet wurde.

Die Schwerpunkte im Bäderbau sind bekanntlich das Dianabad, bei dem Ende 1973 der Probetrieb aufgenommen werden kann, das Stadthallenbad, bei dem etwa um die selbe Zeit der Probetrieb beginnt, und das Schafbergbad, das im kommenden Sommer eröffnet wird. Beim Ottakringer Bad wurde diesen Herbst ein neues Familienbecken fertiggestellt. Es steht den Badegästen in der nächsten Badesaison zusammen mit neuen Umkleidebauten zur Verfügung. Voraussichtlich im Sommer 1973 soll mit dem Bau eines neuen Sommerbades in Atzgersdorf begonnen werden. Hinsichtlich der Umfunktio- nierung nicht mehr zeitgemäßer Reinigungsbäder - ein gutes Bei- spiel ist hier die überaus erfolgreiche "Hermann-Sauna" - kündig- te Hochbaustadtrat Pfoch einen Bäder-Plan für diesen Spezial- bereich an.

Grundsätzlich hielt der Stadtrat fest, daß die Wiener Bevöl- kerung in diesem Jahr um eine große Zahl bedeutender Bauten reicher geworden sei. Wesentlich seien hier die Großbauten auf dem Kran- kenhaussektor und die beiden Großmärkte in St. Marx und in Inzers- dorf.

Im Zusammenhang mit kommunalen Bauvorhaben stellte Stadt- rat Pfoch neuerdings die Forderung nach einer Reform des Boden- rechts. Wenn der Baugrund weiterhin dem "chernen Gesetz von An- gebot und Nachfrage" unterworfen bleibe und nicht die sozialen Aspekte wirksam werden, blieben die Probleme ungelöst.

./.

Besonders deutlich zeige sich diese Situation auf dem Wohnbausektor: Trotz intensiven Bemühungen war es nicht möglich, alle bereitgestellten Wohnbaugelder zu verbauen. 1972 konnten 4.800 bezugsfertige Wohnungen übergeben werden, 5.150 Wohnungen sind derzeit in Bau. Für 1973 sind 5.000 Wohnungen projektiert.

Die städtebaulichen Schwerpunktbereiche im Süden, Osten und Norden würden Zug um Zug in das Stadtgebiet integriert und so ausgestatte, daß zum hohen Wohnwert auch die entsprechende Umweltgestaltung komme.

Pfoch hob die ständige Steigerung des Wohnwertes und der Architekturqualität beim kommunalen Wohnbau hervor. Versuchsausführungen zeigen neue Wege hinsichtlich der Bautechnik und des Wohnwertes auf. Im Frühjahr 1973 soll die Bevölkerung durch eine Ausstellung mit neuartigen Wohnformen bekanntgemacht werden. Technisch von Interesse ist auch die Einrichtung zentraler Warmwasserbereitungen, die für verschiedene Wohnbauprojekte künftig vorgesehen sind.

Stadtrat Pfoch hob hervor, daß man im dichtbebauten Stadtgebiet zur Anlage von Parkgaragen unter Grünflächen übergegangen sei, um dadurch auch mehr Spielbereiche für Kinder schaffen zu können.

Zur Konjunktursituation stellte Stadtrat Pfoch fest, daß die Stadtverwaltung mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen habe: "nicht gerade offensive Anbotlegung, Zwang zur beschränkten Ausschreibung, in weiterer Folge überhöhte Offerte, die nicht akzeptiert werden konnten, Bauzeitüberschreitungen." Der Rationalisierungsstand lasse noch zu wünschen übrig. Immerhin betrage der Maschineneinsatz in Wien im Bauhauptgewerbe 19,6 PS pro Beschäftigten, in Österreich jedoch nur 17,3 PS (jeweils 1971). Das Lohnniveau beim Hochbau sei in Wien um 31,3 Prozent höher als in den anderen Bundesländern. Die Baupreise lagen beim Wohnbau 1972 um 13,5 Prozent höher als im Vorjahr.

Als wichtiges Instrument zur Lenkung der Arbeiten im Interesse der Vollbeschäftigung, des Wirtschaftswachstums und der intensiven Nutzung der vorhandenen Kapazität bezeichnete Pfoch den neugegründeten Bauwirtschaftsbeirat für Wien.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

L o k a l :

=====

## neue bruecke ueber donaukanal

5 wien, 14.12. (rk) der tiefbauausschuss des gemeinderates hat am donnerstag die projektierungsarbeiten fuer die neue uraniabruecke, die im zug der vorderen zollamtsstrasse und der tempelgasse den donaukanal ueberbruecken soll, genehmigt. gleichzeitig soll zwischen aspernbruecke, franzensbruecke und der neuen ufermauer im bereich des hermannparks eine galerie gebaut werden. dafuer wurden 2,2 millionen schilling bereitgestellt.

1015

Landstrasse:

apostelgasse mit umgedrehter einbahn

6 wien, 14.12. (rk) freitag frueh tritt auf der landstrasse eine neue einbahnregelung in kraft: die apostelgasse wird im abschnitt hainburger strasse/erdbergstrasse einbahn in richtung hainburger strasse (bisher zeigte der einbahnpfeil richtung erdbergstrasse). die umdrehung der einbahn erfolgte auf antrag der bezirksvorstellung und im einvernehmen mit der polizei, um den in der erdbergstrasse richtung stadt fahrenden kraftfahrern zwischen kardinal nagl-platz und landstrasser hauptstrasse eine linksabbiegemoeglichkeit durch die apostelgasse zu geben.

1100

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

### Debatte über die Stadtplanung

GR. Müller (DFP) begrüßt die Erhöhung der Mittel für Untersuchungen über den Umweltschutz. Für die U-Bahn gäbe es noch immer kein Konzept, es würden nur Teilstücke gebaut. (Heller: "Aber der Gemeinderat hat ja das Grundnetz bereits beschlossen.") Insgesamt nehme die Planung zu wenig Rücksicht auf den einzelnen Bürger.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) hebt die Diskussionsbereitschaft der Planungsabteilungen hervor, doch bleibe die Planung zu sehr passiv. Was die Autobahnen in Wien angehe, so seien die im Bundesstraßengesetz enthaltenen Trassen einvernehmlich mit Wien festgelegt worden. Bürgermeister Slavik habe damit einen grundsätzlich anderen Standpunkt eingenommen als der Magistrat. Hirnschall urgierte eine Klärung in diesem Fragenkomplex. Seiner Meinung nach sei auch der S-Bahn-Ausbau in Wien unbefriedigend. Da der gesamte Bundesanteil für den U-Bahn-Bau nur noch für 1,5 Kilometer der U 1 reiche, sollte der Bund den S-Bahn-Ausbau in Wien finanzieren. Die Regelung für die Schutzzonen im Interesse der Altstadterhaltung sei unbefriedigend.

Dr. Strunz (ÖVP) führte an Hand von Zahlen aus eigenen Untersuchungen aus, wie sehr das Auto an der Luftverschmutzung in Wien Anteil habe und erklärte, durch Entgiftungsanlagen bei den Automotoren könnte eine sehr wesentliche Reduzierung dieser Emissionen, die zum Teil krebserregende Gifte enthielten, erreicht werden. Auch bei der Heizung könnte der Anteil an Schadstoffen durch die Verwendung hochwertiger und raucharmer Brennstoffe spürbar gesenkt werden. Durch die Preiserhöhung beim Nachtstrom und die Überwälzung der Mehrwertsteuer für das Heizgas sei freilich keine umweltfreundliche Haltung eingenommen werden.

GR. Michalica (SPÖ) wies darauf hin, daß die Kosten für den Umweltschutz die Milliarden-Grenze weit überschreiten würden und daß Wien durch den Bau der Kläranlage, von Kanälen und von Fernheizungsanlagen schon sehr viel dazu beigetragen habe. Der Benützung des Autos müßten Schranken auferlegt werden, der Massen-

verkehr weiter preferiert werden. Die Stadterneuerung könne ohne ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz nicht wirksam angedockt werden, wofür hoffentlich auch die ÖVP im Parlament Verständnis haben werde. Für die Stadtentwicklung sei zudem eine Aktivierung der Regionalpolitik nötig, doch fehle es anscheinend in Niederösterreich an der Bereitschaft dafür.

Dr. Peter Mayr (ÖVP) erklärte, sehr viele Unterlagen, die im Auftrag der Stadtplanung entstanden seien, schlummerten in den Schubladen. Er verlangte eine jedermann zugängliche Dokumentationsstelle für alle diese Studien im Rathaus. Zwischen Planung und Wirklichkeit bestehe eine deutliche Diskrepanz etwa bei der Stadterneuerung: Die Gemeinde Wien selbst habe in den letzten Sitzungen des Wohnbauförderungsbeirates wesentlich mehr Wohnungen in peripheren Gebieten als in zentrumsnahen Gebieten zur Förderung eingereicht. Die Stadterneuerung komme ohne ein entsprechendes rechtliches Instrumentarium nicht aus, doch enthalte schon die jetzige Bauordnung Bestimmungen, die gar nicht genutzt würden. Die ÖVP habe im Parlament einen Initiativantrag für ein Stadterneuerungsgesetz eingebracht, in dem auch eine soziale Betreuung der betroffenen Bevölkerungskreise und der Notwendigkeit, vor einer Sanierung entsprechende Finanzierungspläne vorzulegen, Rechnung getragen würden.

GR. Schemer (SPÖ) mutmaßte, daß der Aktivität der Massenmedien in den letzten Monaten im Bezug auf Umwelt und Planung eine politische Aktion zugrunde liege. Der ÖVP warf er vor, sie habe zu wenig Verständnis für die Sozialbindung an Grund und Boden und sei nicht dafür, auch für Wohnzwecke und der Schaffung neuer Grünflächen im dichtverbauten Gebiet Enteignungsmaßnahmen zuzustimmen.

Im Schlußwort replizierte Stadtrat Hofmann auf die Ausführungen von Dr. Hirnschall, daß die Dringlichkeitsreihung des Autobahnbaues ohnehin zunächst die Umfahrrouten der Stadt vorsehe und die Anlageverhältnisse anderer Hochleistungsstraßen, wie etwa im Bereich des Gürtels - der natürlich weiterhin Bundesstraße bleibe - genau studiert würden. In dieser Frage gäbe es auch keine Differenz mit Bürgermeister Slavik. Was die Entgiftung der Autos anlange, so sei er der Meinung, Österreich und nicht Wien allein, solle bei entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen vorpreschen und nicht auf eine mitteleuropäische Lösung warten.



Bei der Stadterneuerung sei kein plötzliches Umdenken zu erwarten. Sie sei außerdem von der Bodenfrage nicht zu lösen. Sollte auf Bundesebene keine Einigung möglich sein, hoffe er in Wien auf die Mitwirkung der ÖVP. (Dr. Schaumayer: "Diese wurde bereits 1968 grundsätzlich zugesagt".)

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

./.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

### Hochbaudebatte

Mit Ausnahme der DFP, die die Ansätze des Hochbaubudgets pauschal verwarf, übten die Debattenredner der ÖVP und FPÖ Einzelkritik am Fortschritt verschiedener Projekte. Im Zentrum der Erörterungen stand eindeutig der kommunale Wohnbau.

GR. Wölger (DFP) meinte, daß die Baubremse hauptsächlich zu Lasten des Wohnbaus und auch des Bäderbaus gehe und erklärte für seine Fraktion die Ablehnung der Budgetansätze.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) äußerte Besorgnis über den Rückgang des Hochbauanteils am Gesamtbudget um 46,7 Prozent zwischen 1969 und 1973. Er befürchtete eine weitere Einschränkung und sogar mögliche Einstellung des sozialen Wohnbaus der Gemeinde Wien. Jedenfalls könne das sozialistische Wahlversprechen, 65.000 Wohnungen zu bauen oder zu fördern, kaum eingehalten werden.

Die Qualität des Wohnbaus habe sich zweifellos gebessert. Jetzt müßte aber auch die noch unbefriedigende Wohnumwelt der Satellitenstädte verbessert werden.

Fehlplanung nannte der Redner den Straßenbau im Zusammenhang mit dem WIG-Projekt. Das Thermalbad, bei dem nun die Sauna getrichen worden sei, werde sich bereits bei der Eröffnung als zu klein erweisen. Ein weiteres Problem für den Kurpark in Ober-Laa: Er liege genau in der Anflugschneise nach Schwechat.

GR. Gockner (ÖVP) kritisierte die verspätete infrastrukturelle Aufschließung, besonders in der Großfeldsiedlung. Die Möglichkeiten für die Einrichtung zusätzlicher Geschäfte und Handwerksbetriebe sollten voll genutzt werden. Im Interesse der Konsumenten sollten aber keine Monopolbetriebe angesiedelt werden.

GR. Neusser (ÖVP) übte grundsätzliche Kritik am kommunalen Wohnbau, bei dem ein erheblicher Rückschritt zu verzeichnen sei. Trotz "Verschleierungspolitik" sei zu erkennen, daß hier die Leistungen in den letzten Jahren hinter den Versprechungen zurückbleiben. Nachteilig sei auch die Tendenz der langsamen Überwälzung der Wohnbaukosten auf die Wohnungswerber. Neusser kündigte an, daß in Zusammenarbeit mit der Wiener Handelskammer eine gemeinsame Lösung zur Verbesserung der Infrastruktur in den Stadtrandsiedlungen gefunden werden könne.

In der Fertigbauweise sei trotz Fortschritten noch immer die Uniformierung zu beklagen. Hundertwassers propagiertes "Fensterrecht" sei ein Ausdruck des Unbehagens. Fortschritte in der Wärmedämmung und beim Schallschutz seien noch nicht überall festzustellen.

Die Problematik der Stadterneuerung zeigte Neusser an der "erschreckenden Zahl" von nur mehr 20 Wohnungsinhabern in der Kärntner Straße zwischen Oper und Stephansplatz auf.

GR. Paulas (SPÖ) würdigte die Leistungen der Stadtverwaltung zur Förderung der Wiener Wirtschaft, insbesondere auch der kleinen Gewerbetreibenden. So seien bisher 1.500 Existenzgründungskredite in der Höhe von 140 Millionen Schilling an junge Gewerbetreibende vergeben worden.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) würdigte ausführlich die bedeutenden Großprojekte und Kulturbauten, die in jüngster Zeit errichtet worden seien. Zwischen den beiden Engstellen Leistungsfähigkeit der Bauwirtschaft und Grenzen der Bodenbeschaffung sei das Hochbaubudget wohl ausgewogen erstellt worden.

In der Großfeldsiedlung seien heute 36 Geschäfte für den kurz- und mittelfristigen Bedarf fertig, die zweite Ausbaustufe werde auch die Gewerbebetriebe für den längerfristigen Bedarf bringen. Von einer Monopolstellung könne in den Neubaugebieten keine Rede sein.

Mit ausführlichem Zahlenmaterial belegte dann Ing. Hofstetter seine Feststellung, daß die Bauleistung der Gemeinde Wien seit 1969 gleichgeblieben sei. Zurückgegangen seien hingegen die Bauleistungen gemeinnütziger Wohnbauunternehmen und der Privaten. Die Gründe hierfür seien die Verknappung des Baulandes und die exorbitant gestiegenen Baupreise in Wien. Die privaten Bauinteressenten seien in die Umgebung Wiens gegangen.

Mit einer Durchschnittsgröße von 75 Quadratmeter lägen die Wiener Gemeindewohnungen international sehr gut. Auch hinsichtlich Ausstattung, Schallschutz und Wärmedämmung brauche der kommunale Wohnbau keinen Vergleich zu scheuen.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) schlug vor, nach ausländischem Beispiel von Handwerksbetrieben im ersten Jahr der Ansiedlung geringe Mieten zu verlangen, die dann progressiv gesteigert werden sollten. Die volle Ekazent-Miete im ersten Jahr sei kein Anreiz für die Ansiedlung und nicht tragbar.

Im Schlußwort räumte Stadtrat Pfoch ein, daß die Erfüllung des Wahlversprechens beim Wohnhausbau nicht ohne Schwierigkeiten möglich sei. ~~Freilich müßte man auch die~~ Mehrleistungen beim Bau von Kindertagesheimen und Pensionistenheimen berücksichtigen. Die Errichtung von 120.000 Wohnungen in den letzten zehn Jahren sei aber eine Leistung, die man nicht wegdiskutieren könne.

Infrastrukturprobleme: Hier stelle sich Pfoch die Frage, wie weit die Gemeinde Wien für die Bereitstellung von Gewerbebetrieben und Gaststätten überhaupt ~~sorgen~~ müsse.

Bodenbeschaffung: Das System der freien Marktwirtschaft, das auch die Wohnung zur Ware erklärt, finde nichts am Profitdenken auf diesem Sektor. Nur bei vertretbaren Baugrundpreisen sei eine weitschauende Planung möglich. Am Beispiel des Wohnbauprojektes Am Schöpfwerk hätte man bei einem öffentlichen System der Planung nach schwedischem Vorbild das Profitstreben von Bodenspekulanten rechtzeitig eindämmen können.

Den Vorschlag, besseres Glas im Wohnbau zu verwenden, werde man gerne aufgreifen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -